

GRÜNSPIEGEL

Informationen zur grünen Kommunalpolitik in Stadt und Kreis Ludwigsburg

informativ • parteilich • aktuell

Ausgabe 44; November 2010



Scala – eine unendliche Geschichte?

Von Anita Klett-Heuchert

Viele Ludwigsburger fühlen sich dem Scala als Kulturhaus seit Jahren verbunden. Dort traf man sich in den 80-Jahren, begeisterte sich für die damalige Musikszene und fühlt sich heute noch an die damalige Zeit erinnert.

Doch das Scala hat schwierige Zeiten hinter sich. Immerhin: nach einem wirtschaftlichen Schlingerkurs gab es seit geraumer Zeit wieder kulturelle Angebote im Live- und Kulturbetrieb, die einen zumindest befriedigenden Zuschauer-Zuspruch hatten. Unbefriedigend war und ist jedoch die Situation der Gastronomie.

Verschiedene Investoreninteressen auf Erweiterung der Einrichtung fanden keine ungeteilte Zustimmung in den Reihen des Gemeinderates. Deswegen ging das Gebäude an die Wohnungsbau Ludwigsburg (WBL) über. Diese wird nun in Eigenregie das Haus sanieren und ausbauen. Dies war ein klares Bekenntnis der Stadt an das Kulturhaus Scala. Für das zukünftige Gelingen des Hauses ist die Gastronomie ein wichtiger Schlüssel. Sie bringt Frequenz ins Haus, weckt Interesse auf Angebote im Saal, eröffnet neue Besuchergruppen.

Um Gastronomie und Kulturbetrieb unter einen Hut zu bringen, erwarten die städtischen Gremien einen „Betrieb aus einer Hand“. Dass die WBL auf ihrer Suche nach einem Gastronomen einen Kulturmanager fand, der bereit war, die Betreibergesellschaft zu übernehmen, machte die Situation einfacher aber auch komplizierter.

Auf der einen Seite die bisherigen – und zukünftigen – Macher im Scala, die sich mit hohem ehrenamtlichen Engagement in einer gGmbH einbringen. Sie haben ein Konzept vorgelegt, in dem die kulturpolitischen Vorgaben der Stadt nach Kooperation von Scala Live, Kinokult und (neu) Kulturwelt 2000, umgesetzt werden. Für die Gastronomie stand die Idee eines Cap-Modells im Raum, es fehlt aber an einem Gastronomen. Auf der anderen Seite die „Neue Arbeit“, die jahrelange Erfahrung mit Arbeitnehmern aus dem 2. Arbeitsmarkt mitbringt und mit der regionalen Brauerei Dinkelacker ein stimmiges Gastronomie- und Kulturkonzept anbietet mit einem professionellen, erfahrenen Kulturmanager.

Welches ist das bessere Konzept – auf wen können wir bauen? Lässt sich ein solches Kulturhaus mit Gastronomie, Live-Programm, Kinobetrieb im Ehrenamt betreiben oder braucht es eine professionelle Führung? Ist dies für die bisherigen Programm- und Kulturmanager, die sich zumindest in der Vergangenheit nie als Betreiber, immer nur als Programmgestalter verstanden haben, leistbar? Zugegeben: Sie waren es, die diese wichtige Kultureinrichtung in schwierigen Zeiten am Leben erhalten haben und durch die Gründung der gGmbH seit Dezember letzten Jahres viel ehrenamtliches Engagement ins Haus gebracht haben. Es darf jedoch auch daran erinnert werden, dass von deren Seite in der Vergangenheit wenig Kooperationsbereitschaft gezeigt wurde. Die Da-

seinsberechtigung von Kinokult musste erkämpft werden. Erst in letzter Zeit wurden auch andere Partnerschaften angedacht. Gut funktioniert hat die Zusammenarbeit mit dem Theatersommer.

Aber ist diese gelingende Kooperation Grund genug, um ein Haus von Juni bis September leer stehen zu lassen, es nicht zu bespielen?

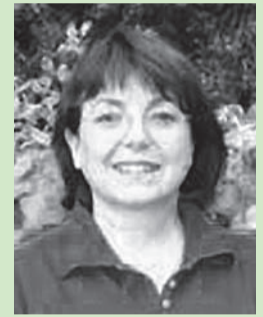
Das bisher vom Programmduo Herr Sömmer und Herr Lichtner erstellte Programm war sicherlich nicht als schlecht zu bezeichnen. Die vielen Künstler, die sich zum möglichen Betreiberwechsel äußerten, sprechen für sie. Als Mangel wird jedoch empfunden, dass sich das Angebot eher an ein etabliertes Publikum wendet, weniger auf ein junges Publikum ausgerichtet ist. Auch wird bedauert, dass das Scala kaum noch Sprungbrett für noch wenig bekannte, aber aufsteigende Gruppen ist. Hier einen Mix aus wirtschaftlich erfolgreichen Veranstaltungen und Talentschmiede hinzubekommen wird eine zukünftige Herausforderung sein.

Oder braucht es doch eine professionelle Leitung, um die vielfältige Belegung zu koordinieren und die Auslastung des Hauses sicherzustellen? Denn nur so ist die von der WBL zu erwartende Mietforderung regelmäßig und zuverlässig zu erwirtschaften. Selbstverständlich hat der Aufsichtsrat der WBL diesen Aspekt zu berücksichtigen. Hier bietet das finanzielle Polster des Unternehmens „Neue Arbeit“ Sicherheit.

Das von der „Neuen Arbeit“ vorgelegte Konzept für den Betrieb der Gastronomie ist schlüssig und

Kultur bewegt Geld, Gemüter, Grüne und Gemeinderat

Von Edith Haberzeth-Grau



Ludwigsburg hat einen heißen Kultursommer hinter sich. Zukunftsweisende Entscheidungen mussten getroffen werden, die städtischen Kassen wurden herausgefordert, die Gemüter haben sich erhitzt.

Das bedeutende Baudenkmal Eberhardstrasse 1 wird revitalisiert und soll im Jahr 2012 als neues Stadtmuseum eröffnet werden. Wir setzen auf die Einhaltung der Planungskosten. Die Stadtbibliothek braucht dringend die freiwerdenden Räume.

Die Neukonzeption der Schlossfestspiele hat nicht nur bei uns Grünen, sondern über Ludwigsburg hinaus eine spannende Diskussion ausgelöst. Die Verunsicherung des Stammpublikums ist groß. Wir meinen: Neues soll 2011 auf jeden Fall weiterhin gewagt, auf Klassisches nicht verzichtet werden.

Sorgen bereiten Vermarktung und geringe Besucherzahlen der Arena. Je ein Drittel Sport, Kultur und Events wurden versprochen – wann kommt's?

Ein Trost, dass die Solaranlage auf dem Dach gut funktioniert.

Und das Scala: Nach großer Meinungsschlacht bekommt das alte Team eine neue (letzte?) Chance. Der Konkurrent von außen, die „Neue Arbeit“, hat die Ludwigsburger solidarisiert. Jetzt müssen die Macher beweisen, dass sie das beste Scala aller Zeiten machen.

Zum Glück befindet sich das Sinfonieorchester Ludwigsburg in bewährtem Fahrwasser und freut sich auf eine rege Teilnahme am Adventssingen.

Viel Spass!

Edith Haberzeth-Grau

schnell umsetzbar. Die WBL hat den Auftrag zum Ausbau des Hauses bereits erhalten. Es wäre gut, den Gastronomen von Anfang an mit einzubeziehen.

Ob es dem von Dinkelacker und „Neue Arbeit“ vorgestellten Programmgestalter Herr Drautz alles gelungen wäre, was erwartet wird, ist offen. Aber er hat langjährige Erfahrung im Management von kulturellen Veranstaltungen und daher vielfältige Kontakte zur Kulturszene. Seine bisherigen Spielstätten sind gut ausgelastet – wenn auch mit einem starken Gewicht auf Comedy. Dies hat sicherlich auch im Scala seinen Platz. Traditionell werden aber vor allem musikalische Auftritte erwartet werden.

Damit stand die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vor einer schwierigen Entscheidung, die sehr stark emotional aufgebauscht wurde. Teilweise wurde emotionaler Druck ausgeübt.

Anders, als oftmals dargestellt, ging es nicht „um das Ende des Scala“. Wir wollten uns nicht zwischen „Ludwigsburg“ und „Stutt-

gart“ entscheiden und auch nicht zwischen „den Alten“ und „Neuem“. Wir wollten eine Entscheidung, die dazu beiträgt, dass das Scala von neuem Leben erfüllt wird, was dazu beiträgt, dass dieses Haus auch die nächsten Jahrzehnte einen wichtigen Platz in der Ludwigsburger Kulturszene einnimmt. Wir haben in der Sitzung des Gemeinderates mehrheitlich für das professionalisierte Betreibermodell mit integriertem Gastronomiebetrieb von „Neue Arbeit“ und Dinkelacker gestimmt. Eine Mehrheit des Gemeinderates möchte, dass das Scala von den bisherigen Betreibern weitergeführt wird.

Jetzt muss es darum gehen, das Scala als geschätztes Kulturhaus gut auszustatten, es auf wirtschaftlich sichere Füße zu stellen, und damit ein beständiges, zuverlässiges Kulturangebot, das sich an unterschiedlichen Besuchergruppen orientiert, garantiert. Wichtig ist uns, dass unabhängig vom künftigen Betreiber eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle des Kulturangebots in der Stadt möglich ist.

Bürgerhaushalt in Ludwigsburg

von Michael Vierling

Die grüne Fraktion im Ludwigsburger Gemeinderat hat am 29. Juni 2010 eine Informationsveranstaltung zum Thema „Bürgerhaushalt in Ludwigsburg“ mit dem Experten und Moderator der Online-Plattform Buergerhaushalt.de, Dr. Oliver Märker, durchgeführt. Neben Ludwigsburger Grünen und einigen nicht politisch gebundenen Bürgerinnen und Bürgern nahmen auch bemerkenswert viele Mitglieder der Piratenpartei an der Veranstaltung teil.



„Bürgerhaushalt“ bedeutet, dass nicht nur der Gemeinderat über die Ausgaben und Einnahmen einer Stadt oder Gemeinde berät und beschließt, sondern dass auch die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde durch Vorschläge und Meinungen Einfluss auf ihren Kommunal-Haushalt nehmen können.

In Deutschland führen schon einige Städte seit längerem Bürgerhaushalte durch, zahlreiche Städte sind dabei, solche Verfahren einzuführen oder diskutieren im-

merhin darüber. Bewährte oder Erfolg versprechende Bürgerhaushalt-Projekte lassen sich in letzter Zeit etwa in Köln, Bonn, Essen, Solingen, Gütersloh, Trier, Potsdam, Ingolstadt und Tübingen beobachten. Oft sind die Grünen die treibende Kraft bei der Diskussion und Einführung, oft aber auch andere politische Kräfte oder die Bürgermeister und Kämmerer.

Herr Märker stellte dar, wie derzeit insbesondere die Städte Solingen und Essen Bürgerbeteiligungsverfahren nutzen, um die breite städtische Diskussion über

Bürger an der Haushaltsplanung zu beteiligen, in starkem Maße Internet-basiert sind und weniger als früher darauf setzen, möglichst viele Bürger auf „Stadtkonferenzen“ zu versammeln. Den Nutzen des Verfahrens fasste er wie folgt zusammen:

- Information aller politischen Akteure über die Finanzlage, Information der Bürgerschaft über unvermeidliche Sparmaßnahmen
- Feedback der Bürgerschaft zur Haushaltskonsolidierung gewinnen
- Einsicht in Erwartungshaltungen und Meinungsbilder der Bürgerschaft
- Gemeinsames Abstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern; verbessertes Verständnis der Bürgerschaft für die Lage von Politik und Verwaltung
- Verbesserte Legitimierbarkeit von (unpopulären) Entscheidungen; Initiative gegen Politikmüdigkeit der Bürger
- Politik und Verwaltung als Gestalter und Modernisierer politischer Kultur.

In Ludwigsburg haben sich die Grünen im Kommunalwahlprogramm 2009 für Bürgerbeteiligung beim Gemeindehaushalt ausgesprochen. Oberbürgermeister Spec, der auch Mitglied der CDU-Fraktion in der Regionalversammlung der Region Stuttgart ist, lehnt aber jeglichen Bürgerhaushalt ab und führt lediglich einmal jährlich eine öffentliche Haushalts-Informationsveranstaltung durch, um seine Sicht der Lage zu vermitteln.

Die Ludwigsburger Grünen finden das viel zu wenig. Wir streben eine breite Bürgerbeteiligung an, um Bürgerwissen und -erfahrung für die städtische Finanzpolitik fruchtbar zu machen. Denn auch in Ludwigsburg hat sich die städtische Finanzlage seit einem Jahr dramatisch verschlechtert. Ein Modell könnte der Tübinger Weg sein, wo derzeit – wissenschaftlich begleitet von der Hochschule für öffentliche Verwaltung Speyer – nach dem Zufallsprinzip

ausgewählte 1.000 Bürgerinnen und Bürger oder Familien einen ausführlichen Fragebogen ausfüllen dürfen bzw. sollen. Alle anderen Einwohnerinnen und Einwohner können sich online ebenfalls daran beteiligen, über Ausgabenkürzungen und Steuer- und Gebührenerhöhungen, über Grundstücksverkäufe und höhere Schulden zu beraten.

Das positive Echo auf die Ludwigsburger Informationsveranstaltung am 29. Juni und die regen Bürgerbeteiligungs-Aktionen der Ludwigsburger „Permanente Offenen Zukunftskonferenz“ (POZ) stimmen uns optimistisch, dass die Bürgerhaushalt-Idee auch in Ludwigsburg in nicht mehr ferner Zukunft mehrheitsfähig werden kann.

Mittagessen in Kitas

Wie hoch ist der Preis?

von Anita Klett-Heuchert

Seit es verlängerte Öffnungszeiten bis hin zu Ganztagesbetreuung gibt, gibt es auch in den Kindertageseinrichtungen Mittagessensangebote.

Bisher bezahlten Eltern hierfür im Monat zusätzlich 50,- Euro, was einem täglichen Essenspreis von 2,50 Euro entspricht. Nun wurde vor allem auf Druck der freien Träger eine Erhöhung auf 60,- Euro pro Monat beschlossen, weil der derzeitige Essenspreis von 2,50 Euro nicht mehr auskömmlich sei. Wir Grünen haben uns

dagegen ausgesprochen, weil wir uns fragen, ob für Eltern die stetig steigenden Kosten noch „auskömmlich“ sind, zumal wenn sie mehrere Kinder in Kita oder Schule haben. Die städtische Kantine ist ausgelastet mit Mitarbeiteressen und Belieferung der Schulkantinen, so dass die Kitas das Essen von freien Trägern beziehen. Wir plädieren dafür, dass bei Kapazitätsgrenzen Kinder und Schüler vorrangig von der städtischen Kantine versorgt werden. Notfalls muss dieses Essen, wie bisheriges Mitarbeiteressen, subventioniert werden.



Stadtbahn jetzt auf die Schiene setzen

von Markus Gericke

Nun liegt das Gutachten zum Kosten-Nutzen-Verhältnis der Stadtbahn auf dem Tisch. Die Ludwigsburger Gemeinderäte müssen auf diese Unterlagen allerdings noch warten. Über zwei Jahre hat es gedauert, weil sich das bisherige Planungsbüro aufgelöst hat.

Die neuen Gutachter haben jetzt den nur mageren Wert von „0,6“ für das Kosten-Nutzen-Verhältnis ermittelt. Erst bei „1,0“ kann mit Fördermitteln gerechnet werden. Gleichzeitig zeigen die Gutachter auf, dass eine sinnvollere Linienführung der Stadtbahn möglich und geboten ist. Schade, dass so viel Zeit vergehen musste, um dies zu erkennen, und mehr als bedauerlich, dass nicht gleich neue Grundlagen für die Kosten-Nutzen-Analyse herangezogen wurden. In der Vergangenheit war ein Wert von „6,0“ für den westlichen Abschnitt von Markgröningen nach Ludwigsburg er-

mittelt worden. Ein Ergebnis, auf das gebaut werden kann, wenn eine schlanke und effektive Variante gewählt wird. Die Skeptiker einer Stadtbahn, denen die Verzögerungen entgegen zu kom-

men scheinen, sollten nun nicht voreilig die Stadtbahn verwerfen. Seit langem ist offensichtlich, dass nur eine zentrale und einfache Linienführung für die Stadtbahn zielgerichtet sein wird. Zugebe-

nermaßen verfügt Ludwigsburg über ein gutes Bussystem. Aber auch dieses kann weiter verbessert werden. Und alle verkehrswissenschaftlichen Untersuchungen und Befra-

gungen zeigen, dass Straßenbahnen Bussystemen weit überlegen sind. Viel höher ist der Komfort und viel mehr Fahrgäste steigen um, wenn es ruhig und schnell voran geht.



Die Stadtbahn bleibt hoch entwickelte und nachhaltige Elektromobilität. Hierauf wird in Ludwigsburg großen Wert gelegt. Die Grünen sind der Meinung, dass alle Formen von Elektromobilität in Ludwigsburg zum Zug kommen sollten. Wir hoffen, dass der Kreistagsausschuss in seiner aktuellen Sitzung der Vorlage des Landrats zustimmen wird, das Projekt „Stadtbahn“ weiter zu verfolgen. Es ist eine einmalige Chance für den Nahverkehr im Raum Ludwigsburg und die Attraktivität der Stadt. Wir sind überzeugt, dass die Verkehrsplaner für Ludwigsburg eine Stadtbahn entwerfen können, die einen weit besseren Kosten-Nutzen-Faktor erreicht. Man muss sie nur lassen!

S-Bahn Linie 5 im Halbstunden-Takt

und kein Ende in Sicht

von Max Bleif

Seit Monaten fährt die S-Bahn Linie 5 von Bietigheim nach Stuttgart Schwabstraße nur noch im Halbstunden-Takt, statt wie eigentlich geplant im Abstand von 15 Minuten. Grund für diese Verschlechterung sind die Bauvorbereitungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21. Im Zuge dieser Bauvorbereitungen wurden für den Takt-Verkehr wichtige Signalanlagen abgebaut. Durch diesen Abbau erloschen auch die Betriebsgenehmigungen für diese Anlagen. Ein einfaches Wiederaufbauen dieser Signalanlagen ist daher nicht möglich. Die Auswirkungen bekommen vor allem die Pendler aus Tamm und Asperg zu spüren, die in überfüllte Züge steigen müssen. Bis Anfang 2011 sollen die Fahrgäste der S5 wegen der dilettantischen Planungspolitik der Bahn AG im Rahmen von Stuttgart 21 einen ausgedünnten Fahrplan hinnehmen. Der Ankündigungsrhythmus der Bahn lässt zudem befürchten, dass der Termin „Ende 2010“ weiter nach hinten verschoben wird. Dieses von der Bahn und dem Verband Region Stuttgart verursachte Desaster trifft die Pendler, die täglich nicht nur die ausfallenden S-Bahnen verkraften, sondern sich auch mit regelmäßigen Verspätungen, verpassten Anschlüssen und überfüllten Zügen herumschlagen müssen. Jürgen



Walter (MdL und grüner Landtagskandidat im Wahlkreis Ludwigsburg) hat Bahn AG, Land und Region aufgefordert, kurzfristig dafür zu sorgen, dass die Verstärkungszüge wenigstens zwischen Bietigheim und Hauptbahnhof wieder fahren. „Der alte Hauptbahnhof bietet noch die Möglichkeit, S-Bahn-Züge in die Haupthalle zu führen und dort enden zu lassen. Es gibt keinen Grund, das nur bei der Linie S1 zu machen und den Fahrplan der S5 einfach auszudünnen.“ Doch die zuständige Ministerin (Tanja Gönner,

CDU) unternimmt nichts. Daniel Renkonen, Kreisrat und grüner Landtagskandidat im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen, ergänzt: „Selbst wenn ein 15-Minuten-Takt in den Hauptbahnhof scheitert, könnten die Züge immer noch bis Feuerbach fahren. Dort besteht wenigstens eine Umsteigemöglichkeit auf die Stadtbahn und auf andere S-Bahn-Linien. Es kann nicht sein, dass die Fahrgäste jährlich höhere VVS-Tarife zahlen müssen und nun wegen Stuttgart 21 dafür auch noch bestraft werden!“ Die Grünen im Regio-

nalparlament haben ein Alternativkonzept vorgelegt, das detailliert Alternativen zur derzeitigen Streckenführung beinhaltet. Die Mehrheit des Verkehrsausschusses hat am 15. September 2010 eine Prüfung dieser Alternativen abgelehnt. „Wir fragen uns, wem damit gedient ist?“, so Eva Mannhardt, Mitglied im Verkehrsausschuss des Regionalparlaments. „Wir fordern den Verband Region Stuttgart auf, folgende Optionen aus dem Alternativkonzept zu prüfen,“ so Eva Mannhardt weiter: Die zusätzlichen Züge der S5

in Richtung Stuttgart, die den 15-Minuten-Takt ermöglichen, könnten wie die der S1 im Hauptbahnhof oben die Verstärkungszüge der S5 in Stuttgart-Feuerbach enden. Dort hätten die betroffenen Fahrgäste jeweils Anschluss mit fünf Minuten Übergangszeit auf die andere S-Bahn, welche die Strecke bis/ab Stuttgart-Schwabstraße bedient. „Wir wollen nicht abgespeist werden, sondern genau wissen, was diesem Konzept entgegensteht,“ stellt Eva Mannhardt abschließend fest.

Neuer Kreisvorstand gewählt

Swantje Sperling

Swantje Sperling ist mit 27 Jahren das jüngste Vorstandsmitglied. Sie ist seit 10 Jahren bei den Grünen aktiv, seit 2009 als Gemeinderätin in Remseck: „Diese Aufgabe bereitet mir sehr viel Freude. Ich kann dort an konkreten Lösungen für kommunale Probleme mitgestalten, diese kommunizieren und deren Umsetzung mitverfolgen.“ Weitere politische Erfahrung sammelt sie als studentische Hilfskraft im Wahlkreisbüro von Ingrid Hönlinger. Swantje studiert Politik- und Rechtswissenschaft an der Universität Tübingen und schreibt momentan an ihrer Magisterarbeit. Danach soll das juristische Staatsexamen folgen. Als Kreisvorstand möchte sie dazu beitragen, geschlossen und motiviert aufzutreten und die Außenwirkung durch interessante Veranstaltungen weiter zu verbessern. Sie plant, die Verleihung des kommenden Naturschutzpreises zu organisieren. Außerdem möchte sie die Kommunikation der Gemeinderäte untereinander verbessern und ein permanentes Forum des Austausches schaffen. Am Herzen liegt ihr auch der Kontakt zur Grünen Jugend, die sie unterstützen möchte. Zu ihrer Wahl sagt sie: „Ich freue mich



sehr darauf, in meinem neuen Amt viele von euch besser kennenzulernen und werde mein bestes tun, den Austausch und die Aktionsfähigkeit unseres Kreisverbandes auszubauen.“

Uta Hermenau

Uta Hermenau kam vor 7 Jahren mit Mann und Kind aus Berlin nach Ludwigsburg. Die unzureichenden Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder in Ludwigsburg veranlassten sie, einen Elternverein zu gründen, um auf den Mangel an Betreuungsplätzen aufmerksam zu machen und um selbst Betreuungsplätze zu schaffen. Dies war ihr Einstieg in die Kommunalpolitik. Im Sommer 2007 wurde sie Mitglied bei den Grünen. Im darauffolgenden Winter stieg sie als Redaktionsmitglied in das damalige Grünspiegelteam ein. Als gelernte Biologin sieht sie ihren politischen Schwerpunkt beim klassischen Naturschutz mit den dazu gehörenden Bereichen Energie und Verkehr. Als derzeitige Verwaltungsstudentin und Mutter zweier Kinder ist aber auch das Thema Bildung immer präsent. Seit Dezember 2009 ist sie Sprecherin des OV Ludwigsburg. Im Kreisvorstand möchte sie sich als An-



sprechpartnerin, Koordinatorin und Vernetzerin einbringen.

Andreas Roll

Andreas Roll ist 43 Jahre alt, Vater von 3 Kindern. Er verfolgt seit vielen Jahren grüne Ziele. Dazu gehören für ihn sowohl eine qualifizierte Gesundheitsversorgung auch im Kreis, die den Menschen im Mittelpunkt sieht, bezahlbar ist und soziale Nachteile ausgleicht als auch eine langfristig ausgerichtete Erziehungs- und Bildungspolitik, die integriert, sozial fördert und sich immer am Lernenden orientiert. Außerdem eine Energieerzeugung und eine Mobilitäts- und Verkehrsplanung, die dezentral angelegt ist und negative Folgen für unsere Lebensgrundlagen vermeidet. Als Mitglied des Kreisvorstands möchte er etwas bewegen. Seine Themen sind das Bahnprojekt Stuttgart 21, das auch die Finanzen der Kommunen im Kreis belastet, die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung z.B. durch die Freisetzung von Schadstoffen beim übereilten Abbruch des Nordflügels des Stuttgarter Hauptbahnhofs und die möglicherweise wieder anstehenden Castortransporte ab Neckarwestheim.



Als Kreisvorstand ist er für das Kreisbüro und die Geschäftsführerin zuständig, er ist Ansprechpartner für die Mitglieder der Kreistagsfraktion und pflegt den Kontakt mit den Abgeordneten in Land und Bund. Gemeinsam mit Swantje organisiert er den Naturschutzpreis. Zu seiner Wahl sagt er: „Ich freue mich über den guten Start des neuen Vorstandsteams, mit dem ich die erfolgreiche Arbeit des bisherigen Vorstands weiter fortsetzen möchte.“

Dirk Wehrhahn

Dirk Wehrhahn gehört schon seit 2008 dem Kreisvorstand an. Er ist Mitbegründer des „Ludwigsburger Bürgerbündnisses gegen Stuttgart 21“. Neben projektspezifischen Bedenken treibt ihn die Frage um, wie Bürgerbeteiligung weiter ausgebaut werden kann. Dirk setzt sich nach eigener Aussage dafür ein, dass eine neue Politikkultur entsteht. Im Land, im Kreis und in den Kommunen. Im Kreisvorstand nimmt Dirk die Aufgabe des Pressesprechers wahr, er möchte die Pressearbeit koordinieren und den Kontakt zur Presse weiter ausbauen. Zusätzlich kümmert er sich um die Internetpräsenz und hält Kontakt zu



den Regionalräten Eva Mannhardt und Josef Matschiner.

Reiner Theurer

Reiner Theurer ist verheiratet, hat zwei erwachsene Kinder, sein Beruf ist Systemingenieur. Er ist im OV Bietigheim-Bissingen aktiv und wurde 2009 neu als Direktkandidat in den Kreistag gewählt. Er ist dort Mitglied im Kultur- und Schulausschuss und stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt und Technik. Privat engagiert er sich als Mitglied im Kuratorium des PKC (Pädagogisch-Kulturelles Centrum Ehemalige Synagoge Freudental e.V.) und als ehrenamtlicher Richter am Landgericht Heilbronn und am Verwaltungsgericht Stuttgart. Er ist Gründungsmitglied der „Bürgerinitiative Bietigheim-Bissingen – für Müllvermeidung – gegen Müllverbrennung e.V.“ und des Vereins „Bietigheimer Apfelsaft e.V.“, einer Initiative zum Erhalt heimischer Streuobstwiesen. Durch seine Tätigkeit als Kassierer im Geschichtsverein Bietigheim-Bissingen bringt Reiner Erfahrung für die neue Tätigkeit als Kreiskassierer mit.



Atomkraft beenden – Erneuerbare ausbauen

Künast in Ludwigsburg – Hönlinger in Berlin

von Siegfried Rapp

Die schwarz-gelbe Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraft hat den gesellschaftlichen Konsens zerstört. Ein – fast schon – befriedeter Großkonflikt wurde neu entfacht. Eine mächtige Atomlobby wird massiv begünstigt, der Ausbau der erneuerbaren Energien wird behindert. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Atomenergie und Endlagerung ist neu entfacht.



Dies ist auch die zentrale Botschaft von Renate Künast, die sie in ihrem Vortrag am 19. Oktober in der Musikhalle Ludwigsburg an die Zuhörer richtete. Gemeinsam mit Ursula Sladek von den Elektrizitätswerken Schönau, EWS, stellt sie die fatalen Folgen der Laufzeitverlängerung heraus. Energiebewusste Stadtwerke werden ge-

schädigt, der Atommüll wächst und wächst, es gibt noch immer kein Endlager für hochradioaktiven Atommüll, die Marktmacht der vier großen Energiekonzerne wird zementiert, Strompreise steigen trotz des billig produzierten Stroms aus abgeschriebenen Atommeilern.

Selbst das Alt-AKW Neckarwestheim1 wird trickreich über die Stilllegungsgrenze gebracht. Vielleicht hilft auch hier nur der massenhafte Umstieg vieler Bürger auf alternative Stromanbieter. Weitere Infos z. B.: www.energiewendebundnis.de

Nur neun Tage nach Renate Künasts Auftritt in Ludwigsburg wird im Deutschen Bundestag in Berlin die Verlängerung der Laufzeit beschlossen. Schon morgens um 8 Uhr versammeln sich mehr als 2000 Demonstranten am Reichstag, um eine Menschenkette gegen die geplante AKW-Laufzeitverlängerung zu bilden. Zufällig war an diesem Termin eine Ludwigsburger Besuchergruppe auf Einladung von Ingrid Hönlinger in Berlin. Die Teilnehmer der Gruppe ließen es sich nicht nehmen, an dieser Demonstration gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke teilzunehmen. Während draußen die Rufe nach „Abschalten“ ertönten, wurde im Bundestag von der schwarz-gelben Regierungskoalition gegen den Widerstand der Opposition

die Laufzeitverlängerung für alle deutschen Atomkraftwerke durch den Bundestag gepeitscht. Die Grünen Abgeordneten bezeichneten die Regierung als „Erfüllungsgehilfe der Atomkonzerne, die die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung und eine zukunftsfähige Energiepolitik verspielen“.

Alle Änderungsanträge der Grünen, um die Sicherheitsstandards für Atomanlagen nicht aufzuweichen, Atomkraftwerke gegen Flugzeugabstürze zu sichern, Entzignungen zu verhindern und eine Zustimmungspflicht des Bundesrats zur Laufzeitverlängerung festzustellen, wurden abgelehnt. Diesem fragwürdigen Gesetzesverfahren konnten selbst einige

Abgeordnete der CDU nicht folgen und auch der Bundestagspräsident Lammert hat die Vorgehensweise der Regierung öffentlich kritisiert.

Ingrid Hönlinger betont in ihrer persönlichen Erklärung vor dem Deutschen Bundestag:

„Die Nutzung der Atomenergie ist vom umweltschädlichen Abbau des Urans bis hin zur ungeklärten Entsorgung des Atommülls eine nicht verantwortbare Hochrisikotechnologie, von der wir uns schnellstmöglich verabschieden müssen. Ich lehne diese Risikotechnologie ab, sie ist eine Bürde für alle nachfolgenden Generationen.“



Heute mehr Kindergeld. Morgen alle Möglichkeiten.

Nutzen Sie die Kindergelderhöhung und sichern Sie für Ihr Kind den Start in eine gute Zukunft ab. Mit Skandia Teddy zeigen schon kleine Beiträge große Wirkung.

Skandia Teddy bietet Ihnen dafür die größte Auswahl an ökologisch-nachhaltigen Investments.

Sie wollen mehr wissen? Gerne berate ich Sie persönlich: Ihr Versicherungsmakler für nachhaltige Geldanlagen:

Eric Welte

Telefon: 0 71 41/5 91 36
ericwelte@gmx.de



Markus Rösler auf Bürgermeistertour

Dilemma zwischen Finanznot und Kinderbetreuung



Bis Mitte September hat Dr. Markus Rösler, Kandidat der Grünen für den Wahlkreis Vaihingen/Enz, bereits Antrittsbesuche bei den (Ober-)Bürgermeistern von Ditzingen (Makurath), Gerlingen (Brenner), Korntal-Münchingen (Wolf), Sachsenheim (Fiedler) und Vaihingen (Maisch) durchgeführt.

Der Einstieg in die Gespräche erfolgte durchgängig über die Landes- und Gemeindefinanzen – ein eher düsteres Thema. Selbst die mit Ausnahme von Sachsenheim vergleichsweise „reichen“ Gemeinden müssen damit rechnen, sich 2011, 2012 oder spätestens 2013 zu verschulden. Die Gewerbesteuererinnahmen brachen ein, teilweise wie in Ditzingen um 60%. Besserung ist meist kaum oder nicht in Aussicht. Die Kommunen stecken zudem in einem doppelten Dilemma: Denn gleichzeitig steigen die laufenden Kosten für die Kinderbetreuung, in Korntal-Münchingen z.B. allein seit 2007 um rund eine Million Euro jährlich. Keine Kommune

weiß, wie sie die offiziell avisierten 35% U-3-Betreuung finanzieren soll. Und jeder Bürgermeister wies darauf hin, daß die Nachfrage 2013 so gut wie sicher höher als 35% liegen wird. Dabei besteht großer Konsens: Bildung und Betreuung sind wichtig. Beschwerden führen die Kommunen darüber, dass Bund oder Land gesetzliche Verpflichtungen schaffen, die hinterher von den Kommunen (mit-)bezahlt werden müssen. „Wer bestellt, bezahlt, wurde hier einfach nicht eingehalten“, so der Tenor.

Insgesamt gab es ein erstaunlich hohes Maß an Gemeinsamkeiten mit den Bürgermeistern. Kritische Themen wie zu technischer Hochwasserschutz, Stuttgart 21, Ansiedlung von Logistikbetrieben oder Straßenausbau wurden allerdings keinesfalls ausgespart. Den schönsten Abschlusswunsch äußerte der Bürgermeister von Korntal-Münchingen, Dr. Joachim Wolf: Die Grünen möchten doch bitte darauf achten, dass ihre hohe Glaubwürdigkeit erhalten bleibe.

Termine

Wie geht es weiter mit dem Bahnprojekt Stuttgart 21?

Die Freiburger Grünen präsentieren: Fragen an Gangolf Stocker, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 und Mitglied der Schlichtungskommission. Mittwoch, 1. Dezember 2010 19.30 Uhr, Lutz de Bré-Saal im Kulturhaus Prisma, Freiberg/N.

Welche Alternativen gibt es zum Milliardengrab Stuttgart 21?

Die Marbacher Grünen laden ein: Infoveranstaltung mit dem Verkehrsexperten Klaus Gebhard Donnerstag, 2. Dezember 2010 20 Uhr, Stadthalle Marbach

Das München-Komplott

Wolfgang Schorlau liest aus seinem Buch. Grüne Asperg in Zusammenarbeit mit der Buchhandlung Lesezeichen:

Freitag, 14. Januar 2011 20 Uhr, Keltensaal, Asperg. Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung Lesezeichen oder an der Abendkasse.

Bürgersprechstunde

Ingrid Hönlinger

Themen: Das Neueste aus Berlin und aus dem Wahlkreis Freitag, den 18. Februar 2011 16 Uhr, Wahlkreisbüro, Marktplatz 2, Ludwigsburg

Anzeigenpreise

10 mm einspaltig kosten 4,- Euro

Diese Anzeige mit 5 cm Höhe würde 20,- Euro kosten

Impressum:

GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der Grünspiegel ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18,- Euro im Landkreis, 26,- Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Ludwigsburg, Ortsverband Ludwigsburg Im Uhland, Uhlandstraße 21 71638 Ludwigsburg Tel: 0 71 41-92 79 26 Fax 0 71 41-90 51 94 kv.ludwigsburg@gruene.de www.gruene-ludwigsburg.de Bankverbindung: KV Ludwigsburg Kontonummer: 507 949 005, BLZ 604 901 50, Volksbank Ludwigsburg

Redaktion (VidP), Andreas Kasdorf, Max Bleif, Siegfried Rapp, Uwe Scheuritzel gruenspiegel@gmx.de

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich Ausgabe 44: November 2010 Auflage: 700 Bildnachweis: Alle Bilder Redaktion Grünspiegel, privat oder öffentlich.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die Autoren verantwortlich. Beiträge – kurz und knackig – sind herzlich willkommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.